



# STIMMEN FÜR LÜBECK

DER NEWSLETTER DER SPD-LANDTAGSABGEORDNETEN

Wolfgang Baasch | Kerstin Metzner | Thomas Rother | Ausgabe Nr.14 | Sept. 2019



| Für Lübeck im Landtag!

[KERSTIN-METZNER.DE](mailto:KERSTIN-METZNER.DE)

[THOMAS-ROTHER.DE](mailto:THOMAS-ROTHER.DE)

[WOLFGANG-BAASCH.DE](mailto:WOLFGANG-BAASCH.DE)

### Arbeitsmarkt & Eingliederungshilfe

## Arbeit und Beschäftigung sind für Menschen mit Behinderung ein wichtiger Lebensinhalt

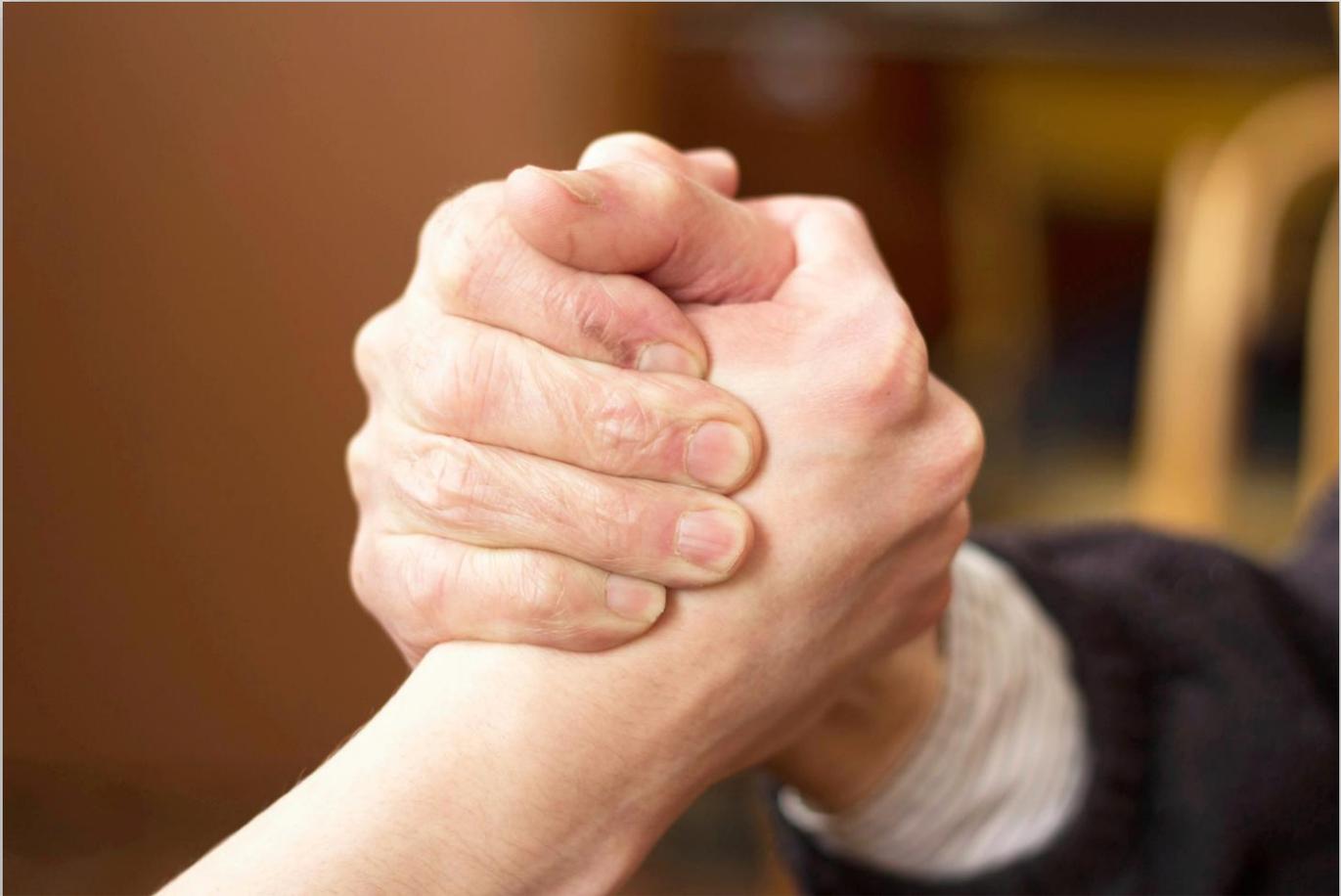
*TOP 15: Beschäftigungssituation von Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen verbessern (Drs. 19/1506)*

„Viele Menschen mit Behinderung finden keinen Weg ins Berufsleben oder sind in ihrer Berufswahl stark eingeschränkt. Dies gilt insbesondere auch für psychisch Erkrankte. Das belegen auch die Arbeitsmarktstatistiken der Bundesagentur für Arbeit, die ein eher düsteres Bild über die Situation der Betroffenen auf dem Arbeitsmarkt abgeben. Es bleibt festzuhalten: Wer die Normen der Arbeitswelt hinsichtlich Ausbildungsdauer, Ausbildungsweg oder Bildungssituation nicht entspricht und durch eine psychische Erkrankung Brüche im Lebenslauf aufweist, fällt schnell aus dem allgemeinen Arbeitsmarkt oder findet oft erst gar nicht hinein in den allgemeinen ersten Arbeitsmarkt. Festzuhalten bleibt auch, dass psychische Erkrankungen seit mehr als 10 Jahren die Hauptursache für gesundheitsbedingte Frührenten sind. Darum

ist es gut, dass der SSW das Thema aufgegriffen und hier und heute diesen Antrag uns vorgelegt hat. Die Situation der Menschen mit psychischen Erkrankungen wird im Antrag richtig beschrieben. Arbeit und Beschäftigung ist für Menschen mit Behinderung ein wichtiger Lebensinhalt.

Gerade Menschen mit psychischen Erkrankungen gewinnen durch sinnvolle Beschäftigung wieder Selbstsicherheit und Perspektiven. Arbeit ist dabei ein wichtiger Bestandteil der Tagesstruktur für Menschen mit psychischen Erkrankungen. Darum ist das Ziel, Beschäftigungsmöglichkeiten für Menschen mit chronifizierten psychischen Erkrankungen zu verbessern. Hierzu muss sich auch die Eingliederungshilfe weiter entwickeln. Wir brauchen möglichst viele weitere arbeitsmarktnahe Beschäftigungsplätze für psychisch Erkrankte. Wird mit diesem Angebot oft die einzige Chance in kleinen Schritten wieder in soziale Kontakte zu treten eröffnet, wieder Verantwortung zu übernehmen und diese auch zu trainieren. Nicht selten führt der Weg über diese arbeitsmarktnahen Beschäftigungsverhältnisse über diese niedrigschwellige Beschäftigung wieder in reguläre Arbeitsverhältnisse und das ist ein Ziel, das im Antrag des SSW gut beschrieben ist. →





➔ Aber nichts ist so gut als dass wir es nicht noch besser machen können und ich glaube dem Antrag fehlen noch einige Fragestellungen, die wir auch im Ausschuss vertiefend diskutieren können. Zum Beispiel, wie Arbeit auch dazu beiträgt die familiäre Situation von Menschen mit Behinderung zu stabilisieren. Gerade Angehörige und vor allem Kinder von psychisch Erkrankten brauchen auch hier gezielte Unterstützung. Oft sind es in diesen Familien die Kinder, die eine Familie zusammenhalten und den psychisch erkrankten Eltern den notwendigen Halt geben. Kinder leisten hier oft fast Übermenschliches!

Des Weiteren brauchen wir Fortbildungen und Umschulungen, um geeignete Arbeitsplätze und Berufe für psychisch Erkrankte zu finden. Und im Antrag wird die Begrifflichkeit des Zuverdienstes angesprochen. Hier bedarf es noch einer Klarstellung. dabei gibt es auch in der Diskussion den Begriff des Motivationsgeldes. Ein Motivationsgeld, das Bestandteil der Eingliederungshilfe ist, aber nicht als Einkommen auf die Berechnung der Grundsicherung angerechnet wird. Ein zusätzliches Therapie- oder Motivationsgeld wäre ein wichtiger Bestandteil der Beschäftigung für psychisch erkrankte Menschen in entsprechenden Arbeits- und Beschäftigungsprojekten.“

*Wolfgang Baasch*

100 Jahre Frauenwahlrecht  
100 Jahre Arbeiterwohlfahrt

## Marie Juchacz - überzeugte Sozialdemokratin - Gründerin der Arbeiterwohlfahrt!

Marie Juchacz war eine politisch engagierte Frau. Sie war Sozialdemokratin und kämpfte für das Frauenwahlrecht. Marie Juchacz war die erste Frau die vor einem deutschen, demokratischen Parlament das Wort erteilt bekam. Unvergessen ihre damalige selbstbewusste und richtungsweisende Rede.

Zitat - "Meine Herren und Damen! Es ist das erste Mal dass eine Frau als Freie und Gleiche im Parlament zum Volke sprechen darf, und ich möchte hier feststellen, ganz objektiv, dass es die Revolution gewesen ist, die auch in Deutschland die alten Vorurteile überwunden hat., so Marie Juchacz am 19.Februar 1919 in der Weimarer Nationalversammlung.

Am 13. Dezember 1919 wurde auf Initiative von Marie Juchacz die Arbeiterwohlfahrt gegründet. Für uns, für die Arbeiterwohlfahrt und die Sozialdemokratie in der Hansestadt Lübeck ist es daher ein besonderes Anliegen im Jubiläumsjahr der AWO an die große Sozialdemokratin und AWO-Gründerin zu erinnern.



Marie Juchacz und ihr Lebensweg waren geprägt von den Erfahrungen und Ereignissen des letzten Jahrhunderts. Marie Juchacz kämpfte nicht nur für das Frauenwahlrecht, Sie kämpfte für eine soziale und gerechte Gesellschaft. Sie engagierte sich für soziale Zwecke und organisierte Unterstützungsleistungen.

Sie forderte und förderte Bildungschancen für Alle. Sie leistete Widerstand gegen die Nationalsozialisten, musste ins Exil flüchten. Nach dem Krieg und dem Ende der Nazi-Herrschaft, beteiligte sie sich am Wiederaufbau und demokratischen Neubeginn in Deutschland.

Marie Juchacz setzte sich ein Leben lang für alle ein, die in der Gesellschaft keine Stimme hatten. Getreu dieser Tradition kommt auch heute noch bei der AWO der Mensch zu erst. Darum und auch für ihren immer mutigen Einsatz ehren wir Marie Juchacz.

Wolfgang Baasch



Bürgermeister Jan Lindenau (rechts), Wolfgang Baasch (2.v.r.) und Gäste bei der feierlichen Enthüllung

SDGs – Ziele für eine nachhaltige globale Entwicklung

## „Die Uhr tickt“ – Bürgerdialog zu UN- Nachhaltigkeitszielen SH

Am 27.08.2019 hatte das Bündnis Eine Welt Schleswig-Holstein zum „Bürgerdialog: Umsetzung der globalen Nachhaltigkeitsziele (SDGs) in Schleswig-Holstein“ ins Landeshaus eingeladen. Für die seit 2017 regierende Jamaika-Koalition sollte es auch eine „Halbzeitbilanz der Nachhaltigkeitsziele“ sein. So wurden folgende Fragen aufgeworfen: „Wie können die bisherigen politischen Entscheidungen mit den Ambitionen zur Umsetzung der SDGs in Schleswig-Holstein zusammengebracht werden? Und wie soll zukünftig mit den Nachhaltigkeitszielen auf Landesebene in den unterschiedlichen Politikfeldern umgegangen werden?“ Vorbereitet wurde der Abend durch das landesweite Netzwerk aus umwelt-, sozial-, bildungs-, und entwicklungspolitischen Vereinen und Verbänden, dem SDG-Netzwerk-SH. Dieses verfolgt die Umsetzung der 2015 von den Vereinten Nationen gesetzten Nachhaltigkeitsziele, der SDGs. Unter dem Leitmotto des Abends waren neben der SPD-Landtagsabgeordneten Kerstin Metzner weitere Vertreter der im Landtag vertretenen Parteien eingeladen. Die Veranstaltung wurde mit circa 100 Besuchern sehr gut angenommen. Den Impuls des Abends gab Finn-Ole Semrau vom Kieler Weltwirtschaftsinstitut mit einem informativen Vortrag zum Thema „Die Uhr tickt - was kostet uns die Nichtumsetzung der globalen Nachhaltigkeitsziele?“. An drei Dimensionen von Nachhaltigkeit, der ökologischen, sozialen und der ökonomischen, erläuterte Herr Semrau die Schäden, die die Nichteinhaltung des 2015

in Paris unterzeichneten 1,5 Grad-Ziels zur Folge hätte.

In der folgenden Podiumsdiskussion hatten sechs Vertreter aus dem Netzwerk, u.a. des BUND, des NABU und der Verbraucherzentrale, die Möglichkeit mit einem kurzen Input auf ein Nachhaltigkeitsziel einzustimmen, um dann Maßnahmen zu deren Erreichung und die Positionen der Parteien bei Abgeordneten zu hinterfragen. So breitgefächert wie die Nachhaltigkeitsziele waren auch die Themen, z.B. die Biodiversitätsstrategie, die Landesentwicklungsstrategie, Bildung für nachhaltige Entwicklung, oder Energieeinsparung. Anschließend hatten auch die Gäste mit ihrem Expertenwissen die Möglichkeit, Fragen zur Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele durch das Parlament an die Abgeordneten zu stellen. Eine Herausforderung! Der Abend wurde sehr gut angenommen und hat zu einem regen Gedankenaustausch geführt. Es wurde deutlich, dass die Umsetzung der SDGs noch wesentlich größerer Anstrengungen in der Regierungsarbeit bedarf, um die gesteckten Ziele für das Jahr 2030 zu erreichen.

Wir als SPD-Fraktion setzen auf einen weiteren angeregten Austausch und eine gute Zusammenarbeit mit dem Bündnis eine Welt e.V. und den Mitgliedern des Netzwerkes.

*Kerstin Metzner*

### SUSTAINABLE DEVELOPMENT GOALS





Jamaika

## Die nächste Mogelpackung – Das Integrations- und Teilhabegesetz

Der Ministerpräsident hatte es bereits als großes Projekt für das Programm der ersten hundert Tage der neuen Landesregierung genannt: ein Landesintegrationsgesetz, das klar regelt „was wir fördern und fordern“. Angekündigt war dazu ein großer Dialog aller relevanten gesellschaftlichen Gruppen, auch mit Geflüchteten und Migrant\*innenorganisationen und Onlinebeteiligungen. Man hätte also annehmen können, dass es hier um ein echtes Herzensprojekt geht.

Es hat weit länger gedauert, bis sich nun die Jamaika-Frakturen auf einen Gesetzentwurf hat einigen können – von der Regierung kam nichts!

Man preist es an als großen Wurf, mit dem es gelungen sei, die migrationspolitischen Forderungen von CDU und Grünen zusammenzubringen und alle Partner glücklich zu machen.

Alle Partner? Nun, hier gehen die Meinungen deutlich auseinander. Denn die neue Landtagsvizepräsidentin Aminata Touré behauptete im Landtag zwar knapp: „Die Beteiligung von Verbänden und Organisationen hat im Vorfeld stattgefunden“ – interessant ist aber, dass die Akteure von einem ernstzunehmenden Beteiligungsprozess selbst nichts wissen.

Ja, es gab in der Anfangsphase einige vorbereitende Treffen – sie sind eingeschlafen. Ja, es wurden erste Papiere erarbeitet. Diskutiert wurden sie nicht. Dem Landtag und den zuständigen Fachpolitikern liegen sie nicht vor; in welchem Umfang es diesen

angeblichen Beteiligungsprozess gegeben hat, ist nicht klar; was dort besprochen wurde noch viel weniger. Ganz sicher ist es allerdings nicht das gewesen, was die Landesregierung angekündigt hat: eine breite öffentliche Beteiligung. Um herauszufinden, auf welcher Basis die Landesregierung arbeitet, haben wir im Innenausschuss erst einmal den Antrag gestellt, uns Dokumentation und Ergebnisse dieses Beteiligungsprozesses vorzulegen.

Doch auch inhaltlich gibt es einiges zu bemängeln. Selbst die FDP kritisierte, das neue Gesetz schaffe lediglich einen Rahmen, enthalte aber keine konkreten Maßnahmen. Diese Kritik gewinnt an Schärfe, wenn man weiß, dass der Rahmen der Integrationspolitik nicht vom Land, sondern vom Bund gesetzt wird. Das heißt im Klartext: Das neue Gesetz kann in seiner aktuellen Form überhaupt nichts regeln – es ist reine Symbolpolitik. Lars Harms vom SSW kritisierte, das Gesetz sei schwammig und betone Selbstverständlichkeiten wie die, dass Gesetze einzuhalten seien.

Wir haben hingegen konkrete Vorschläge: Für uns ist Integration eine Querschnittsaufgabe. Die Landesregierung kann dort, wo sie selbst Arbeitgeberin ist, ganz konkret Integrationshindernisse abbauen und Menschen mit Migrationshintergrund ausbilden und einstellen. Sie kann dort, wo sie Lehrkräfte ausbildet, darauf achten, dass diese interkulturelle Kompetenzen erwerben.

Grundsätzlich wäre es zielführender, auch bei Integration und Teilhabe problemorientiert zu handeln – und dementsprechend dort Gesetze zu ändern, wo es Probleme gibt und wo das Land konkret handeln kann: beim Schulgesetz, beim Hochschulgesetz, beim Justizvollzug.

Nichts davon hat Jamaika bisher auf den Weg gebracht.

*Thomas Rother*



### Wohnungsnot

## Die SPD kämpft für bezahlbares Wohnen

Für die SPD sind die ständig steigenden Mietpreise eines der größten sozialen Probleme unserer Zeit. Denn es ist ganz klar: Das Recht auf eine angemessene Wohnung ist ein grundlegendes Menschenrecht!

Deshalb haben wir 2015 gegen alle Widerstände die Mietpreisbremse eingeführt. Und auch, wenn ihre Wirkung hinter unseren Erwartungen zurückgeblieben ist, hat das Deutsche Institut für Wirtschaftsordnung erst kürzlich bestätigt, dass die Mietpreisbremse die Lage verbessern konnte.

Es ist uns gelungen, die Mietpreisbremse Anfang des Jahres noch einmal zu verschärfen und sie besser zu machen: Die Mietpreisbremse wurde verlängert, Vermieter werden bei Verstößen belangt und müssen bis zu 30 Monate zu viel verlangtes Geld zurückerstatten.

Wir nehmen die Aufforderung des Bundesverfassungsgerichts ernst, die Verdrängung von Menschen aus beliebten

Stadtteilen zu verhindern. Wir setzen uns intensiv mit diesem Thema auf einer ganzen Reihe von Regionalkonferenzen auseinander; die erste fand am 2. September in Lübeck statt. Hier diskutierten wir mit über 80 Gästen aus Politik, Wohnungswirtschaft und Mieterverbänden über die Probleme und mögliche Lösungsansätze. Als einzige Fraktion unterstützen und werben wir für die Volksinitiative für bezahlbaren Wohnraum.

All das kann man von der Landesregierung nicht behaupten. Sie öffnet Spekulanten nicht nur die Tür, indem sie die Mietpreisbremse abschafft, sondern auch noch die Fenster: auch die Kappungsgrenzenverordnung, die Mieterhöhungen bei laufenden Mietverträgen beschränkt, soll fallen. Der Koalitionsvertrag versprach noch, sie durch bessere Regelungen zu ersetzen – doch nun: nichts. Besonders traurig ist es, dass die Grünen bei diesem Spiel mitmachen. Denn gerade sie sind es, die die Mietpreisbremse auf Bundesebene am schärfsten kritisieren – weil sie nicht noch weiter verstärkt wird. In Schleswig-Holstein schaffen sie sie ab.

*Thomas Rother*



**Wolfgang Baasch**

Erzieher

### Funktionen im Landtag

- Vorsitzender Europaausschuss
- stellv. Vorsitzender im Sozialausschuss
- stellv. Mitglied im Wirtschaftsausschuss
- Behindertenpolitischer Sprecher
- Sprecher für Arbeitsmarkt und Gewerkschaften

**Kontakt** | [w.baasch@spd.ltsh.de](mailto:w.baasch@spd.ltsh.de)

### Funktionen im Landtag

- Mitglied im Umwelt- und Agrarausschuss
- Mitglied im Wirtschaftsausschuss
- Sprecherin für Fischereipolitik
- Sprecherin für Maritime Wirtschaft / Häfen und Küstenschutz
- Sprecherin für Verbraucherschutz
- Sprecherin für freie Berufe
- Sprecherin Bündnis Eine Welt (BEI)
- Mitglied BINGO-Vergaberat

**Kontakt** | [info@kerstin-metzner.de](mailto:info@kerstin-metzner.de)



**Kerstin Metzner**

Dipl.-Ing. Ingenieurbau  
& Wasserbau

### Funktionen im Landtag

- Vorsitzender Arbeitsgruppe "Haushaltsprüfung,,
- Vorsitzender AK Innen, Wohnen, Digitalisierung, Kommunales, Recht und Gleichstellung
- Vorsitzender Beteiligungsausschuss des Landtages
- Vorsitzender Anstaltsbeirat bei der JVA Lübeck
- Stellv. Vorsitzender des 1. parlamentarischen Untersuchungsausschusses
- Ausschuss zur Vorbereitung der Wahl der Mitglieder des Landes-verfassungsgerichts

**Kontakt** | [info@thomas-rother.de](mailto:info@thomas-rother.de)



**Thomas Rother**

Diplom-Betriebswirt  
& Sozialökonom

# STIMMEN FÜR LÜBECK

DER NEWSLETTER DER SPD-LANDTAGSABGEORDNETEN

Wolfgang Baasch | Kerstin Metzner | Thomas Rother | Ausgabe Nr.14 | Sept. 2019

## SPD-Wahlkreisbüro Wahlkreise 31, 32 & 33

Große Burgstraße 51  
23552 Lübeck  
Tel.: (0451) 70 272 20

### Wahlkreisbüro MdL Kerstin Metzner

**Dejan Petrovic**



### Wahlkreisbüro MdL Kerstin Metzner

**Gabriele Ulrich**

Tel.: (0451) 70 272 30  
E-Mail: info@kerstin-metzner.de

### Wahlkreisbüro MdL Kerstin Metzner

**André Seidel**

E-Mail: info@kerstin-metzner.de



### Wahlkreisbüro MdL Thomas Rother

**Jan Schenkenberger**

Tel.: (0451) 70 272 20  
E-Mail: info@thomas-rother.de

### Wahlkreisbüro MdL Wolfgang Baasch

**Sandra Odendahl**

Tel.: 0171/9337381 | (0451) 70 272 20  
E-Mail: sandra.odendahl@spdluebeck.de



### Wahlkreisbüro MdL Wolfgang Baasch

**Ursula Wassermann**

Tel.: (0451) 70 272 20  
E-Mail: baasch@spd-luebeck.de